

Gewaltakteure und Gewaltmärkte: Wandel der Kriegsformen?

SVEN CHOJNACKI

Der gegenwärtig diskutierte Formenwandel kriegerischer Gewalt beruht auf zwei wichtigen Annahmen: Die Privatisierung und Entstaatlichung des Krieges erklärt sich einerseits durch Veränderungen auf der Ebene der Gewaltakteure und andererseits durch die Ökonomisierung des Krieges. Der Beitrag von Sven Chojnacki geht der Frage nach, ob diese Veränderungen die Unterscheidung in „alte“ und „neue“ Kriege rechtfertigt. In einem ersten Schritt wird daher der Wandel der Gewaltakteure skizziert und bewertet. Des Weiteren wird die These der Ökonomisierung des Krieges einer kritischen Prüfung unterzogen. Auf der Folie dieser Erörterung und Bewertung wird für einen systematischeren Umgang mit dem Wandel der Kriegsformen plädiert. Im Schlussteil wird sodann eine Kriegstypologie vorgestellt, die am politischen Status der Konfliktakteure ansetzt und „klassische“ Kriegsformen um den Typus des „substaatlichen“ Krieges erweitert.

Red.

ZUR LEHRE VON DEN „NEUEN“ KRIEGEN

Die These vom Wandel der Kriegsformen, insbesondere die Lehre von den „neuen Kriegen“, beruht auf zwei zentralen und miteinander verknüpften empirischen Behauptungen: Zum einen werden auf vielen Kriegsschauplätzen der Gegenwart zunehmend nicht-staatliche, private Akteure für die Eskalation und Verstärkung von Gewaltkonflikten verantwortlich gemacht. Vor allem lokale oder regionale Kriegsherren (Warlords) und private Militär- bzw. Sicherheitsagenturen gelten als Protagonisten der Privatisierung und Entstaatlichung des Krieges (Kaldor 1999; Münkler 2002). Zum anderen wird dieser Akteurswandel in Beziehung zur Ökonomisierung des Krieges gesetzt, erkennbar an der Entstehung und Struktur transnationaler Gewaltmärkte und ökonomischer Handlungslogiken. Die Herausbildung von nicht-staatlichen Gewaltordnungen und global vernetzten Kriegswirtschaftssystemen transformiere nicht nur die Gewaltmotive und Handlungslogiken der Konfliktakteure, sondern habe auch veränderte Gewaltdynamiken zur Folge (vgl. u.a. Elwert 1999; Kaldor 1999). In bewusster Paraphrasierung von Clausewitz sind für den Politökonom David Keen viele heutige Kriege gar die „Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln“ (Keen 1998, 11; vgl. auch Lock 2001). Auf einen einfachen Nenner gebracht, sehen die Vertreter der „neuen Kriege“ (Kaldor 1999; Münkler 2002) in diesen Transformationsprozessen die Kernelemente des Übergangs von „alten“ zu „neuen“ Kriegen.

Die Frage ist jedoch, ob die Veränderungen auf der Akteursebene und bei den Gewaltmotiven bzw. deren Rahmenbedingungen (Kriegsökonomien) die simple Unterscheidung in „alte“ und „neue“ Kriege rechtfertigt bzw. inwieweit diese Dimensionen Bestandteile eines übergreifenden Wandels der Kriegsformen sind. Um eine Antwort zu finden, wird in einem ersten Schritt der Wandel der Gewaltakteure skizziert und der Stellenwert nicht-staatlicher Akteure bewertet. Zweitens wird die These der Ökonomisierung des Krieges einer kritischen Prüfung unterzogen. Im Mittelpunkt steht das Problem,

NICHT-STAATLICHE GEWALTAKTEURE

Dass sich das Akteurspektrum in vielen Kriegen der Gegenwart erheblich ausgeweitet und ausdifferenziert hat, lässt sich nicht leugnen. Rein quantitativ hat sich in Räumen begrenzter Staatlichkeit, insbesondere im subsaharischen Afrika und in Zentralasien, die Anzahl gewaltbereiter Konfliktgruppen erhöht. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der mangelhaften Fähigkeit des Staates, Sicherheits- und Schutzbedürfnisse der Gesellschaft (Schutz vor internen und externen Gefährdun-



AUF VIELEN KRIEGSSCHAUPLÄTZEN WERDEN ZUNEHMEND NICHT-STAATLICHE AKTEURE FÜR DIE ESKALATION UND VERSTÄRKUNG VON GEWALT KONFLIKTEN VERANTWORTLICH GEMACHT: KÄMPFER DER AFGHANISCHEN NORDALLIANZ, EINE ART POLIZEITRUPPE, FAHREN AUF EINEM PICK-UP AM 13.11.2001 IN KABUL EIN.
picture alliance / dpa

ob ökonomische Handlungsrationitäten und ein Wandel von Finanzierungspraktiken quasi automatisch zu einem Verlust des Politischen am Kriege führen und Indizien für eine „neue“ Kriegsform sind. Auf der Folie dieser Debatte wird im Fazit für einen systematischeren Umgang mit dem Wandel der Kriegsformen plädiert und eine Kriegstypologie vorgestellt, die am politischen Status der Konfliktakteure ansetzt und „klassische“ Kriegsformen um den Typus des „substaatlichen“ Krieges ergänzt.

gen, Sicherheit der physischen Existenz) hinreichend zu befriedigen. Bei Extremfällen des Staatszerfalls oder Staatskollapses verliert der Staat teilweise oder völlig die Kontrolle über das Gewaltmonopol und die damit verbundenen physischen Zwangsmittel (Zartman 1995; Holsti 1996). In den von fehlender Legitimität, Korruption und territorialem Zerfall betroffenen Räumen beschränkt sich dann das rudimentäre staatliche Gewaltmonopol oftmals nur noch auf die Hauptstadt oder einzelne Provinzen,

während in weiten Teilen des Landes substaatliche Akteursgruppen alternative, territorial abgegrenzte Gewaltapparate etablieren und auch hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. Bei zunehmender Fragmentierung politischer Herrschaft wächst der Einfluss von paramilitärischen Einheiten (teilweise abtrünnige Einheiten regulärer Truppen) und von lokal oder regional agierenden Kriegsfürsten, die mit staatlichen Gewaltakteuren um die strategische Kontrolle von Territorien, den Zugang zu ökonomischen Ressourcen und um politischen Einfluss konkurrieren. In vielen Krisenzonen hat zudem die Akteurskomplexität durch Abspaltungen und interfraktionelle Kämpfe drastisch zugenommen (unter anderem in Myanmar, Somalia und der Demokratische Republik Kongo). Das Auftreten nicht-staatlicher Gewaltakteure und die damit verbundene fehlende Gewährleistung interner Sicherheitsfunktionen haben außerdem dazu geführt, dass vermehrt private Militär- und Sicherheitsfirmen von außen in das Konfliktgeschehen eingreifen. Kommerzielle Unternehmen im internationalen Umfeld bieten Sicherheit und militärische Dienstleistungen als Ware an (vgl. Leander 2002; Musah/Fayemi 2000; Singer 2003).

Für den Trend der Privatisierung von Sicherheit gibt es neben der Unfähigkeit zahlreicher Herrschaftssysteme, Sicherheitsfunktionen befriedigend wahrzunehmen, zwei weitere Gründe: Erstens spielt hier der technologische Wandel der Kriegführung hinein (gesteigerter Bedarf an hochqualifizierter Expertise in beratender, ausführender und logistischer Tätigkeit). Zweitens hat sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts der Markt für qualifizierte Militärs und verfügbare Waffensysteme auf dem privaten Sektor geöffnet. Das Anwachsen des globalen Marktes für Sicherheits- und Militärfirmen wird wiederum beeinflusst durch das Verhalten westlicher Staaten und internationaler Organisationen (strategische Interessen, Aufrechterhaltung relativer Stabilität in Konfliktregionen), die Bedürfnisse humanitärer Organisationen (Sicherheit im humanitären Raum) sowie durch die Kalküle multinationaler Konzerne (Sicherheit beim Ressourcenabbau). Während letztere teilweise strategische Allianzen mit Gewaltunternehmen eingehen und über komplexe Netzwerke mit Sicherheitsfirmen verbunden sind, stellen sich für die Staaten die Fragen, inwieweit sie selbst durch das Outsourcing von Sicherheitsfunktionen den Trend der Privatisierung verstärken (etwa im Irak) und welches Interesse sie überhaupt an der Regulierung des privaten Sicherheitssektors haben.

KINDERSOLDATEN

Eine weitere Akteursgruppe, die als ein Indiz für den Wandel der Kriegsförmigkeiten herangezogen wird (u.a. Münkler 2002), ist die der Kindersoldaten. Allerdings handelt es sich bei dieser Akteursgruppe nicht um unabhängige Kriegsakteure im engeren Sinne, sondern eher um eine Form der Instrumentalisierung durch bestehende Kriegsparteien. Empirisch ist der Trend, Kinder im Krieg einzusetzen, ungebrochen. Es wird geschätzt, dass 2001 weltweit mehr als 300.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in mehr als 30 Kriegsschauplätzen



zum Einsatz kamen (Coalition to Stop the Use of Child Soldiers 2004). Kinder werden meist zwangsrekrutiert, in Flüchtlingslagern angeworben oder durch ökonomische Marginalisierung ihres sozialen Umfelds zum Einsatz gezwungen (Hofmann 2004). Dies folgt der Logik privater Gewaltakteure, für die Kinder eine kostengünstige Ressource darstellen. Sie sind nicht nur leicht „rekrutierbar“, sondern Dank der großen Verfügbarkeit leichter Handfeuerwaffen auch „effizient“ einsetzbar und mit Hilfe von Drogen leicht kontrollierbar. Tatsächlich „neu“ ist in diesem Zusammenhang, dass Mädchen zunehmend aktiv in Kampfhandlungen eingesetzt werden (Hofmann 2004).

QUALITATIVER WANDEL DER AKTEURE

Neben den quantitativen Veränderungen ist auch ein qualitativer Wandel der Akteure zu beobachten. Dieser betrifft die Vergesellschaftungsform der Gewaltakteure, ihre Ziele und ihr Konfliktverhalten. Zum einen haben in Räumen begrenzter Staatlichkeit der Staat auf der einen Seite und hierarchisch organisierte Rebellenorganisationen auf der anderen Seite ihr „Duopol“ auf die Kriegführung – im Sinne abgrenzbarer, konkurrierender Gewaltapparate – verloren. Zum anderen treten Akteure auf, deren Organisations- und Professionalisierungsgrad ebenso gering ist wie ihre politische Legitimation. Man könnte hier auch von einer Kommunalisierung des Krieges sprechen. Für die nicht-staatlichen Konfliktparteien verliert nicht nur die strategische Orientierung am „regulären“ Krieg an Bedeutung, die noch die politische und militärische Praxis der „klassischen“ Guerillagruppen prägte. Sie unterscheiden sich von den „klassischen“ Rebellen-

und Sezessionsbewegungen auch darin, dass sie ihre Ziele nicht mehr ausdrücklich an der Eroberung des staatlichen Herrschaftsapparates – und damit des Gewaltmonopols – bzw. an der Loslösung von bestehenden staatlichen Strukturen ausrichten. Für viele private Gewaltunternehmer ist staatliche Souveränität vielmehr eine strategische Ressource neben anderen. Exemplarisch ist hierfür die Figur des Warlords, der politische, ökonomische und militärische Logiken vereint (Münkler 2002, 161) und Gewalt in gewinnbringender organisierter Form für die Kontrolle von Märkten und sozialen Beziehungen einsetzt (Riekenberg 1999, 188ff).¹ Viele Gruppen bekämpfen sich gegenseitig, um ihr Überleben als Organisation und den Zugang zu Ressourcenvorkommen, der eine kontinuierliche Gewaltanwendung erst ermöglicht, zu sichern. Diese Koexistenz diverser Gewaltakteure resultiert letztlich aus den ökonomischen Anreizstrukturen, die gewalt-offene Räume bieten. Je schwächer dabei die Staatsgewalt ist, desto geringer werden auch die Kosten für die Aufrechterhaltung einer wirksamen Rebellion. So können militärisch und politisch eher schwache Konfliktparteien überleben. Gleichzeitig zeigt sich, dass auch andere Gruppen wie lokale/ethnische Milizen, Selbstverteidigungsgruppen oder Paramilitärs, die im „klassischen“ Krieg eher Instrumente größerer staatlicher oder nicht-staatlicher Gewaltorganisationen waren, in Räumen begrenzter Staatlichkeit weitgehend autonom agieren können. Derart fragmentierte, konkurrierende und sich überlappende Herrschaftsansprüche durch staatliche und substaatliche Akteure sind dann in hohem Maße instabil und störungsanfällig gegenüber äußeren Einflüssen. Die Akteursformationen sind jedoch keineswegs per se asymmetrisch, wie Münkler nahe legt (2002). Gerade in Konflikt Räumen, in



Gewaltakteure und Gewaltmärkte: Wandel der Kriegsformen?

EMPIRISCH IST DER TREND, KINDER IN KRIEGEN EINZUSETZEN, UNGEBROCHEN. ES WIRD GESCHÄTZT, DASS 2004 WELTWEIT MEHR ALS 300.000 KINDER UND JUGENDLICHE IN MEHR ALS 30 KRIEGSSCHAUPLÄTZEN ZUM EINSATZ KAMEN. DIE BEIDEN EHEMALIGEN KINDERSOLDATEN ALEX JOHNSON UND RON TSCHANN ZEIGEN IHRE KALASCHNIKOW, AUFGENOMMEN AM 19.11.2003 IN MONROVIA. picture alliance / dpa

organisierten Kriminellen, die teilweise eine Liaison eingehen, brüchig. So waren in der westafrikanischen Krisenregion um Liberia und Sierra Leone in den 1990er-Jahren die Grenzen zwischen staatlich besoldeten Soldaten und kriminellen Gruppen fließend. Letztlich ist dies Ausdruck der Auflösung der zivil-militärischen Beziehungen, deren Regelung im Sinne der Eindämmung interner Gewalt und legalen Ausübung polizeilicher und militärischer Gewalt als ein „Kernstück des modernen Staates“ angesehen werden kann (Daase 1999, 53).

KOMMERZIALISIERUNG VON GEWALT UND SICHERHEIT

Neben der Kommunalisierung des Krieges lässt sich auch eine Kommerzialisierung von Gewalt und Sicherheit beobachten. Beeinflusst wird dieser Prozess ganz wesentlich von modernen Sicherheitsagenturen, den „Corporate Warriors“ (Singer 2003), die hochgradig professionalisiert, organisiert und legal registriert sind. Dies unterscheidet sie nicht nur von anderen privaten Gewaltunternehmern wie den Warlords, sondern auch von klassischen Söldnern.² Operativ bewegen sich Sicherheitsagenturen entlang einem Spektrum, das von legalen Aktivitäten, die kompatibel mit dem internationalen Völkerrecht sind (Unterstützung von Friedensmissionen, Sicherungsaufgaben bei humanitären Notsituationen), über eine nichtregulierte oder nur schwer erfassbare Grauzone (militärische Ausbildung, Entsendung von „Experten“), bis hin zu eindeutig illegalen Aktivitäten reicht (Beteiligung an bewaffneten Konflikten auf Seiten der Kriegsparteien oder zur Sicherung der Interessen externer Staaten und multinationaler Unternehmen; Waffenverkäufe an Rebellengruppen oder lokale Kriegsherren). Entlohnt werden Sicherheitsagenturen von den beteiligten Kriegsparteien häufig mit Förderlizenzen zum Abbau von wertvollen Ressourcen. So werden sie zugleich Akteure der Kriegsökonomien (siehe unten) – und profitieren von der Gewaltstruktur ebenso wie sie zu ihrer Verstärkung beitragen. Dass dann der Einsatz von Militärspezialisten und modernsten Waffensystemen strategische Bedeutung für militärische und politische Kräfteverhältnisse hat, ist mehr als eine plausible Annahme (vgl. Shearer 1998). Darüber hinaus gibt es einen engen Zusammenhang zwischen privaten Militärfirmen und der Proliferation von Kleinwaffen in Konfliktregionen, was wiederum Einfluss auf den Charakter der Kriegführung hat. Und schließlich ist auch der Einsatz von Militärfirmen bzw. Sicherheitsagenturen im Rahmen militärischer Interventionen, multilateraler Friedensmissionen oder bei der Absicherung hu-

manitärer Hilfsleistungen alles andere als unproblematisch. Der Privatisierung der Kriegsführung steht hier nämlich – zumindest ansatzweise – eine Teilprivatisierung der Friedensschaffung bzw. der Friedenssicherung gegenüber. Besonders sichtbar wurde diese Entwicklung im letzten Irakkrieg (2003), in dem sich das Verhältnis von eigenen Soldaten und angeworbenen Spezialkräften auf Seiten der US-amerikanischen Interventionsstreitmacht drastisch zugunsten privater Militär- und Sicherheitsanbieter verändert hat.

Eine weitere Dimension des qualitativen Wandels von Gewaltakteuren und Gewaltstrategien liegt dort vor, wo Interventionsstaaten zur Einhegung inner- und substaatlicher Kriege auf „lokale Bodentruppen“ zurückgreifen. So haben sich etwa die USA multinationaler Koalitionen im Kosovokrieg und bei der Bekämpfung der Taliban in Afghanistan mit der UCK (Kosovo) und der Nordallianz (Afghanistan) örtlicher Streitkräfte bedient und diese logistisch unterstützt. So werden die moralischen und politischen Kosten des Einsatzes von eigenen Bodentruppen, die gerade in Demokratien die Debatten über die Entscheidung zum Kriegs- oder Interventionseinsatz mitbestimmen, reduziert und die militärischen Risiken auf nicht-staatliche Gewaltakteure abgewälzt. Doch indem einzelne Staaten aus strategischen Erwägungen heraus auf lokale Kriegsunternehmer oder verstärkt auf private Sicherheitsagenturen setzen, reagieren sie auf die Herausforderungen der Privatisierung des Krieges ihrerseits mit einer Strategie der Privatisierung von Sicherheit.

PRIVATISIERUNG UND ENTSTAATLICHUNG SIND NICHT NEU

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Dimensionen des Wandels gibt es keinen Grund, die offensichtlichen Veränderungen in der Quantität und Qualität nicht-staatlicher Gewaltakteure zu vernachlässigen. Konflikttheoretisch und friedenspolitisch von Bedeutung sind vor allem die Prozesse der Kommunalisierung, Autonomisierung und Kommerzialisierung nicht-staatlicher Gewalt, die sich dann auch nicht mehr ausschließlich als gegenstaatliche Gewalt interpretieren lässt. Ein weiterer Unterschied zum meist recht überschaubaren Akteursspektrum „klassischer“ Anti-Regimekriege besteht in den komplexen Interaktionsmustern zwischen den staatlichen und nicht-staatlichen sowie zwischen lokalen, regionalen, transnationalen und internationalen Akteuren. Vor allem in Räumen begrenzter Staatlichkeit steigt die Dichte und der Grad der Informalität transnationaler Beziehungen bzw. die Bedeutung von „Transboundary formations“, d.h. Kriegsparteien in gewaltoffenen Räumen begrenzter Staatlichkeit werden zunehmend in transnationale Gewaltnetzwerke integriert. Die Transnationalisierung und Fragmentierung vieler Konfliktparteien ist letztlich sowohl ein Resultat als auch ein Verstärker für Motiv- und Interessenverlagerungen. Auf der anderen Seite ist aber vor voreiligen Schlüssen zu warnen. Erstens ist der Staat in den meisten Kriegen der Gegenwart immer noch ein zentraler und aktiver Akteur (vgl.

denen staatliche Akteure sukzessive von privaten Gruppen verdrängt werden wie in Somalia, Liberia, Afghanistan oder der Demokratischen Republik Kongo, gleicht sich der Status der Akteure ebenso an, wie sie über annähernd gleiche Machtressourcen verfügen und Formen von Reziprozität entwickeln (Reno 1998), so dass wir es hier eher mit Symmetrisierungsprozessen zu tun haben.

AUCH REGULÄRE TRUPPEN VERLIEREN IHREN CHARAKTER

Mit den Prozessen der Kommunalisierung und Autonomisierung der Gewalt in Räumen begrenzter Staatlichkeit verlieren auch die regulären Truppen in vielen Gewaltkonflikten ihren Charakter als legitime Kriegsakteure und können häufig kaum noch von paramilitärischen oder privaten Kampfeinheiten unterschieden werden. Dies trifft in einigen Fällen auch für staatliche Interventionsstreitkräfte zu. So waren Truppenteile der ECOWAS-Friedensmission in Liberia zu Beginn der 1990er-Jahre selbst an Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung und an Plünderungen beteiligt. Als Konsequenz dieser Entwicklungen verlieren die Zivilisierung und Professionalisierung des kämpfenden Soldaten sowie die Institutionalisierung des Militärs, die charakteristisch für die Verstaatlichung des Krieges waren (Münkler 2002), in vielen substaatlichen Kriegen ihren Charakter. Die Fragmentierung von Konfliktparteien wiederum erschwert die Differenzierung einzelner Gruppen, was vor allem zur schwierigen, mitunter unmöglichen Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kombattanten führt. Gleichzeitig wird in vielen gegenwärtigen Kriegen die Grenzziehung zwischen Soldaten/Polizisten und Banditen bzw.

Schreiber 2003; Chojnacki 2004). Im heutigen innerstaatlichen Krieg (Anti-Regimekrieg, Sezessionskrieg), der nach wie vor der dominante Kriegstyp ist, stehen sich immer ungleich vergesellschaftete Akteure gegenüber: ein staatlicher und mindestens eine nicht-staatliche Konfliktpartei. Anders formuliert: die Teil-Privatisierung und tendenzielle Entstaatlichung vieler Kriege ist alles andere als neu (Gantzel 2002; Matthies 2003). Zweitens unterscheiden sich private Gewaltakteure auch untereinander (Interessen, Strategien) und in ihrem Verhältnis zu staatlichen Akteuren. Drittens wissen wir, dass die meisten Gewaltakteure, die als Protagonisten und Motoren des Wandels der Kriegsformen gelten (Warlords, Söldner, lokale Milizen, Selbstverteidigungsgruppen, Kindersoldaten), historisch gesehen keine völlig neuen Erscheinungen sind. Während Warlords schon im chinesischen Bürgerkrieg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Bild des Krieges prägten, ist das Söldnertum so alt wie der Krieg selbst und spielte in der Phase der Entkolonialisierung eine nicht unerhebliche Rolle. Darüber hinaus sind nicht-staatliche Gewaltakteure, wie Volker Böge (2003) plausibel argumentiert, nicht allein „neue“ private Gewaltakteure, sondern auf traditionellen Strukturen aufbauende kommunale Akteure. Und schließlich erhöht die Erosion herrschaftlicher Kontrolle zumindest temporär immer das Risiko des Krieges und das Auftauchen privater Gewaltunternehmer, die dann auch ökonomische Interessen haben.

DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DER GEWALT

Die Entstehung und Verstetigung von Kriegsökonomien wird als ein weiterer wesentlicher Beleg für den Wandel der Kriegsformen und für die relative Schwäche von alten Erklärungskonzepten herangezogen (Berdal/Malone 2000, 2). Dahinter stehen im Wesentlichen zwei Argumentationslinien. Einerseits wird generell eine wirksame Verschiebung im Verhältnis von Politik und Ökonomie unterstellt (Kaldor 1999; Lock 2001; Münkler 2002). „Ökonomisierung“ verweist dabei auf einen Transformationsvorgang, bei dem die Anwendung und Aufrechterhaltung von kriegerischer Gewalt zunehmend dem Erwerb, der Sicherung, Produktion, Mobilisierung und Verteilung von ökonomischen und politischen Ressourcen und damit den partikularen Interessen der Kriegsunternehmer

dient. Andererseits wird ein Wandel der Finanzierungspraktiken, ein Bedeutungszuwachs ökonomisch motivierter Interessengruppen (z.B. multinationale Unternehmen, private Militär- und Sicherheitsfirmen) und damit ein Form- und Bedeutungswandel von „Kriegswirtschaften“ postuliert: von zentralisierten, territorial begrenzten Gewaltökonomien hin zu offenen, transnational vernetzten Kriegs-wirtschaftssystemen (Jean/Rufin 1999; Kaldor 1999; Keen 2000). Im Gegensatz zu den geschlossenen und lokal begrenzten Kriegsökonomien „klassischer“ Guerilla- oder Widerstandsgruppen, die nur über örtlich begrenzte Ressourcen verfügten und im Wesentlichen auf einer agrarische Subsistenzwirtschaft aufbauten (Rufin 1999, 16f.; Münkler 2002, 165f.), bietet der Übergang zu offenen, entgrenzten Kriegsökonomien nicht nur einen größeren militärischen Aktionsradius, sondern schafft alternative ökonomische Abschöpfungsquellen über die Unterstützung finanzstarker Diasporagruppen und den Verkauf von natürlichen Ressourcen und legalen wie illegalen Gütern an transnationale Netzwerke (Rufin 1999, 19ff).

Zu den besonders attraktiven Ressourcen zählen neben Gold, Diamanten und Kupfer oder tropischen Edelhölzern auch strategische Rohstoffe wie Uran oder Kobalt sowie besondere Mineralien (etwa Tantalit, das in der Welt-raumtechnologie eingesetzt wird). Ressourcen wie Diamanten sind nicht nur eine Tauschquelle zwischen Kriegerakteuren und privaten Militärfirmen, sie leiten auch die ökonomischen Interessen der Sicherheitsfirmen selbst an, die hier einen ertragreichen Markt sehen.³ Sowohl für Warlords, Paramilitärs als auch für herrschende Eliten bietet Ressourcenverfügbarkeit einen Ausgleich für das Wegbrechen von Einkünften aus legalen Erwerbsmöglichkeiten einerseits, den Wegfall internationaler Militärhilfen der bipolaren Systemkonfrontation und ihrer abgeleiteten Stellvertreterkriege der Supermächte andererseits (Rufin 1999). Eine internationale Dimension hat die Unterstützung durch Diasporagemeinschaften, die finanzielle Abschöpfung von humanitären Hilfsmitteln sowie der Ressourcenzufluss und Warenaustausch legaler und illegaler Güter. Berichte über den illegalen Abbau und Transport wertvoller Rohstoffe (Diamanten-, Drogenhandel), den Missbrauch humanitärer Hilfe und „Finanzhilfen“ von Diasporagemeinschaften haben nicht nur die öffentliche Aufmerk-

samkeit erhöht, sondern auch das Interesse der Friedens- und Konfliktforschung geschärft. Die verschiedenen Formen der Kriegsfinanzierung werden in Abbildung 1 zusammengefasst.

RESSOURCEN UND KRIEGSRISIKO

Das Kriegsrisiko dürfte dann dort besonders hoch sein, wo Bodenschätze oder andere Güter (wie etwa Tropenholz) besondere Einkommenschancen versprechen und wo unterschiedliche Konfliktgruppen um die Ausbeutung wertvoller Ressourcen konkurrieren. Dieser These ist empirisch-systematisch vor allem die Weltbankgruppe nachgegangen (Collier 2000). Sie unterstellen dabei, dass ökonomische Motive der „Gier“ (Greed) sowohl den Ausbruch als auch die Dauer innerstaatlicher Kriege besser erklären als politische Unzufriedenheit (Grievance). In einer empirisch-quantitativen Analyse kommen Collier und Hoeffler (2001, 16f.) zum Ergebnis, dass Indikatoren, die mit günstigen Finanzierungsmöglichkeiten (Rohstoffexport, Diaspora, preiswerte Kämpfer, Verfügbarkeit von Waffen) und/oder günstigen Gefechtsbedingungen (Gebirge, disparate Bevölkerungsdichte) in Zusammenhang stehen, einen deutlich höheren Erklärungswert aufweisen als Indikatoren, die klassischerweise für die Erklärung des Ausbruchs von Bürgerkriegen herangezogen werden (unter anderem ungleiche Reichums- oder Landverteilung, fehlende Partizipation, gesellschaftliche Polarisierung). Insbesondere einem hohen Primärgutanteil an den Gesamtexporten eines Landes wird eine hohe Erklärungskraft zugesprochen (Collier/Hoeffler, 2001; Collier, 2000). Staaten, die wirtschaftlich von natürlichen Ressourcen abhängig sind, wären demzufolge einem erhöhten Kriegs- bzw. Rebellionsrisiko ausgesetzt. In einem weiteren Vergleich der Argumente „Opportunity“ vs. „Grievance“ kommt die Weltbankgruppe zum Ergebnis, dass vor allem Ressourcenverfügbarkeit sowie die Kosten der Rebellion und die militärischen Vorteile eine hohe Erklärungskraft für das Eintrittsrisiko von Bürgerkriegen beanspruchen können: „We find that a model that focuses on the opportunities for rebellion performs well, whereas objective indicators of grievance add little explanatory power“ (Collier/Hoeffler 2001, 16). Die Erklärungskraft ökonomischer Variablen unterlegt Collier mit dem rationalistischen Argument, dass sich Rebellion – als Sezessionen oder gewaltsamer Regimewechsel – dann lohnt, wenn der erwartbare Nutzen hoch genug ist, und ergänzt dies um das Argument, dass greed-motivierte Rebellionen auch nicht von Collective-action-Problemen wie dem Trittbrettfahrer- und Koordinationsproblem betroffen sind (Collier 2000, 100).

Jenseits einzelner empirischer Plausibilität ist der Weltbankansatz jedoch methodisch und theoretisch problematisch, weil er die Entstehung und Dauer von Kriegen auf die Verfügbarkeit materieller Ressourcen reduziert und sich eindimensional am Motiv der „Gier“ orientiert (siehe zur Kritik Cramer 2002; Ehrke 2002; Herbst 2000). Die krude Trennung von Greed und Grievance beim Weltbankansatz

ABBILDUNG 1: FORMEN DER KRIEGSFINANZIERUNG

Form der Kriegsfinanzierung	Ressourcen
Abschöpfung von Humankapital	Menschenhandel, Sklavenarbeit, Prostitution, Entführungen, Erpressungen
Abschöpfung von Werten	Kriegssteuern, Schutzgelder, Plünderung, Raub, Kontrolle von Märkten
Bodenschätze	Gold, Diamanten, Kupfer, Tantalit, Erdöl sowie die Vergabe von Schürfrechten bzw. Ölexplorationsrechten
Legale und illegale Agrargüter	Drogen, Kaffee, Tropenholz etc.
Humanitäre Hilfe	internationale humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe (Nahrungsmittelhilfe)
Finanzhilfen	ausländische Regierungen, Diaspora (die zugleich auch als Mobilisierungs- und Rekrutierungsbasis dient)



DIE GEWALTSAME ANEIGNUNG VON GÜTERN IST BESONDERS DORT WAHRSCHEINLICH, WO „GEWALTOFFENE RÄUME“ AUF MARKTWIRTSCHAFTLICHE STRUKTUREN TREFFEN. EIN IRAKISCHER PLÜNDERER, DER EINEN KÜHLSCHRANK TRÄGT, GEHT IN DEM ARMENVIERTEL SADDAM-CITY IM NORDOSTEN BAGDADS AN EINEM MANN VORBEI, DER AUF EIN ZERRISSENES BILD DES IRAKISCHEN PRÄSIDENTEN EINSCHLÄGT. AUGENZEUGEN BERICHTETEN, DASS ES ZUM ZEITPUNKT DER AUFNAHME (9.4.2003) KEINE ZEICHEN EINER PRÄSENZ VON POLIZEI ODER UNIFORMIERTEN MEHR AUF DEN STRABEN GAB.

picture alliance / dpa

ökonomische Motiv des materiellen Profits dominiert“ (Elwert 1997, 87f.). Mit diesem breiter angelegten Konzept erfasst Elwert generell gewaltgestützte Ordnungssysteme, die in vielen deformierten Staaten anzutreffen sind und die auch nicht zwingend zum Krieg eskalieren müssen. Voraussetzung ist der Defekt eines staatlichen Gewaltmonopols und die Entstehung „gewaltoffener“ Räume, in denen die Ausübung von Gewalt weder durch traditionelle Kontexte noch sonstige Einhebungs-, Ordnungs- oder Routinemechanismen reguliert wird. Das Eigentum an Gütern oder Dienstleistungen wird nicht freiwillig getauscht, sondern durch Gewalt angeeignet. Ihr Entstehen ist dort besonders wahrscheinlich, wo „gewaltoffene Räume“ auf marktwirtschaftliche Strukturen treffen. Gehandelt werden nicht nur Waren bzw. Güter, sondern auch Ideologien, die dann besonders lukrativ sind, wenn sie zur Gewinnung ausländischer Unterstützung eingesetzt werden (vgl. dazu auch Kaldor 1999).

Ähnlich wie auch Keen (1998, 2000) hebt sich Elwert (1997, 1999) von der irreführenden anthropologischen Sichtweise ab, die viele Kriege der Gegenwart mit Irrationalität gleichsetzt, und geht in seinem Konzept des Gewaltmarktes von der Zweckrationalität der Gewaltanwendung aus. Soziologische, ökonomische wie politikwissenschaftliche Studien belegen immer wieder, dass Gewalt gegen die Zivilbevölkerung durchaus rationalen Handlungskalkülen folgt und den individuellen oder kollektiven Interessen der Ressourcen- und Machtakkumulation dient (Elwert 1997; Keen 1998; von Trotha 1999). Theoretisch postuliert Elwert, dass es weniger die ökonomischen Motive per se sind, die das „Neue“ in der Erklärung von Gewaltkonflikten aufweisen. Vielmehr biete diese Perspektive die systematisch-fundierte Durchdringung von sich selbst perpetuierenden Kriegswirtschaftssystemen jenseits scheinbar chaotischer Bürgerkriegssituationen – zumal auch nur so das Phänomen der extremen Dauer dieser Gewaltkonflikte erklärt werden könne (Elwert 1999, 88). Im Unterschied zur Weltbankgruppe werden ökonomische Elemente dann auch nicht als potenziell erklärungskräftigste ursächliche Faktoren konzeptualisiert. Vielmehr argumentiert Elwert, dass mit der zunehmenden Dauer von Gewaltkonflikten eine Situation entsteht, die die Akteure zu einer Ökonomisierung ihrer Handlungslogik verleitet bzw. zwingt (Elwert 1999, 85ff.). Nicht-ökonomische Konfliktfaktoren wie ethnische Identitäten werden über den Ansatz der „sekundären Motivation“ integriert. Dahinter steht die Idee, politische oder kulturelle Identitäten zu mobilisieren und zu verstetigen, um so den ungeschützten zyklischen Schwankungen, denen gewalttätige Räume ausgesetzt sind, zu umgehen. Dieser Ansatz ist jedoch nicht unproblematisch, reduziert er doch Identitäten auf den Status symbolischer Ressourcen und vereinfacht sie im Sinne eines instrumentellen Einsatzes. Weil jedoch neben politischen und ideologischen Aspekten auch ethnische und kulturelle Fragen für Gewaltunternehmer immer von Relevanz bleiben, schränken diese „die fiktiv unterstellte Freiheit unternehmerischer Entscheidungen von vornherein ein“ (Münkler 2002, 163).

übersieht, wie diese Elemente miteinander interagieren, insbesondere wie soziale Missstände durch Gier manipuliert werden (Cramer 2002, 1853; Keen 2000). Das Verhältnis von Greed und Grievance wie auch die Motivationen der Gewaltanwendung können dann wiederum ohne einen Bezug auf den Mangel bzw. die Verknappung an physischer und ökonomischer Sicherheit in zerfallen(den) Staaten nicht verstanden werden (vgl. Herbst 2000, 275; Keen 2000, 35). Verwirft man den Weltbankansatz dann wiederum nicht völlig, so kommt man ironischerweise zu dem Schluss, dass ökonomische Motive nicht allein ein Phänomen „neuer“ Kriege sind, sondern auch in „klassischen“ innerstaatlichen Kriegen von prominenter Bedeutung sind, da sich das Forschungsdesign Colliers explizit am Konzept von Staatlichkeit und herkömmlichen innerstaatlichen Kriegen (Sezession, Regimewechsel) orientiert. Inwieweit Fragmentierungs- und Desintegrationsprozesse einerseits, Transnationalisierungstendenzen andererseits, d.h.

also der Wandel der internen und externen strukturellen Rahmenbedingungen heutiger Gewaltkonflikte, die Kosten-Nutzen-Kalküle der Gewaltunternehmer beeinflussen, wird nur bedingt oder gar nicht reflektiert.

GEWALTMÄRKTE FOLGEN RATIONALEN KALKÜLEN

Einen eher strukturellen Ansatz, der ähnlich wie die Weltbankgruppe aus einer ökonomischen Perspektive heraus argumentiert und von Zweck-Mittel-Rationalitäten ausgeht, präsentiert Elwert (1997, 1999) mit seinem Konzept des Gewaltmarktes und der damit verbundenen Annahme der Kommerzialisierung von Gewalt. Allgemein definiert er Gewaltmärkte als „Bürgerkriege, Kriegsherrnsysteme oder Räubertum bezeichnete Konflikte, bei denen unter der Oberfläche weltanschaulicher und machtpolitischer Ziele oder vorgeblich traditionell bestimmter Kampfverpflichtungen das

DAS KONZEPT DER WARLORD-POLITIK

Einen alternativen Erklärungsansatz bietet das Konzept der Warlord-Politik von Reno (1998; 2000). In den Mittelpunkt rücken konkurrierende Eliten, Militärs und Warlords, für die die Sicherung einer lokal begrenzten Kriegswirtschaft und die Etablierung netzwerkartiger, informeller Politikpraktiken zur einzigen Alternative wird, Macht- und Legitimitätsverlust zu kompensieren. Neben der Reflektion kurzfristiger Machtinteressen und der Berücksichtigung langfristiger Identitäten bezieht Reno auch externe Regierungen und transnationale Konzerne konzeptionell ein. Seine Überlegungen stützen sich auf empirische Analysen zur Warlord-Politik in Liberia, Sierra Leone, Nigeria und der Demokratischen Republik Kongo (Zaire) und knüpfen mit der Frage, inwieweit die unterschiedlichen Akteurskonstellationen einerseits zur Erosion institutioneller Strukturen beitragen, andererseits auch von politischer Instabilität und Unsicherheit profitieren, an die Debatten zu zerfallender bzw. defekter Staatlichkeit an. Kriegsökonomien stehen demzufolge in einer engen Wechselbeziehung mit schwachen bzw. zerfallenden Staaten und bieten Gewaltunternehmern wie Warlords oder konkurrierenden Eliten eine Kompensation des Machtverlusts. Ganz ähnlich spricht Riekenberg (1999, 190ff) in diesem Zusammenhang auch von Warlordfigurationen, die als außerstaatliche, kriegerisch-soziale Systeme jenseits gewohnter Bürgerkriegssysteme auf eine Verstetigung der Gewaltanwendung für ihre Reproduktion und Selbststabilisierung angewiesen sind, die Herstellung von Angst und Unsicherheit nutzen sowie eine Ökonomisierung des Krieges bei gleichzeitigem Ausbau logistischer Ressourcen und einer Ausdifferenzierung von Kommunikationssystemen forcieren.⁴

FÜHREN KRIEGSÖKONOMIEN ZUM VERLUST DES POLITISCHEN?

Vor dem Hintergrund dieser Debatten und Erkenntnisse ist es unstrittig, dass sich die Finanzierungspraktiken vieler Kriege unter den Bedingungen entstaatlichter Räume und unter den Vorzeichen der Globalisierung und ihrer Schattenseiten der transnationalen organisierten Kriminalität verändern (Waffen- und Drogenhandel, illegaler Ressourcenabbau). Kritiker der These „neuer“ Kriege zweifeln auch nicht daran, dass „Gewaltmärkte“ zur Verlängerung von Kriegen beitragen und dass es private Gewaltakteure gibt, die bewusst die Kontrolle von Märkten, Ressourcenvorkommen und Handelsverbindungen anstreben – und auch Motive der „Gier“ zeigen (Gantzel 2002; Schlichte 2002). Und schließlich lassen sich auch die empirisch-quantitativen Erkenntnisse der Weltbankgruppe, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit von Primärgütern Opportunitätsstrukturen generieren, die das Gewaltisiko erhöhen, nicht völlig von der Hand weisen (Ballentine/Sherman 2003). Problematisch wird die Ökonomisierungsthese erst dann, wenn sie zur neuen Orthodoxie degeneriert oder zu Fehldeutungen verleitet. Fraglich ist insbesondere, ob die Entstehung

und Verstetigung von Kriegsökonomien quasi automatisch zu einem Verlust des Politischen am Kriege führen, wie einige Autoren und Autorinnen suggerieren (Münkler 2002; Eppler 2002; Heupel/Zangl 2003).

Theoretisch beinhalten Kriegsökonomien nicht nur materielle Reproduktionsbedingungen und reflektieren die ökonomischen Interessen diverser Gewaltunternehmer, sie kompensieren auch den Macht- und Legitimitätsverlust politischer Eliten, verändern Loyalitätsbeziehungen und produzieren und reproduzieren die sozialen Rahmenbedingungen (Clapham 1998; Reno 1998). Gerade in entstaatlichten Räumen werden Ökonomisierungstendenzen begleitet von der Herausbildung multipler Muster von politischer Autorität und netzwerkartiger, informeller politischer Praktiken (Reno 1998, 217ff; Duffield 2001, 175ff). Gewaltunternehmer tragen, bewusst oder unbewusst, zur Institutionalisierung der Gewalt einerseits, zu neuen politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen jenseits klassischer Staatlichkeit andererseits bei. Zugleich wird die Transformation herrschaftlicher Strukturen und die Steuerung von Gewaltmärkten meistens begleitet von Prozessen extremer Politisierung und Militarisierung ethnischer Kategorien (Kaldor 1999, Kap. 4; Senghaas 2003, 133). Damit verwandeln kriegswirtschaftliche Gewaltordnungen zwar die vormals dominierenden Politikpraktiken, sie bedeuten jedoch nicht die Auflösung von politischer Ordnung oder politischen Agenden schlechthin.

Auch die Annahme, dass die „Ökonomisierung“ des Krieges bzw. die ökonomischen Kalküle der Kriegsparteien allein für die Perpetuierung der Gewalt und die lange Dauer vieler Gewaltkonflikte verantwortlich seien, greift konflikttheoretisch zu kurz. Zum einen dient die wiederholte Anwendung der Gewalt immer auch der Verbesserung von Verhandlungspositionen. Zum anderen erhöhen Faktoren wie die Fraktionierungen der Kriegsparteien, die Intervention staatlicher und nicht-staatlicher Gruppierungen (Nachbarstaaten, Großmächte, private Sicherheitsfirmen) sowie die Verbindungen zu transnationalen kriminellen Netzwerken die ohnehin vorhandene Komplexität und damit auch den Grad physischer und ökonomischer Unsicherheit. In der Konsequenz erschwert dies sowohl die interne politische Steuerung als auch externe Ansätze der Konfliktbearbeitung.

KRIEG, POLITIK UND ÖKONOMIE – EIN KOMPLEXES WECHSELVERHÄLTNIS

Letztlich stehen Krieg, Politik und Ökonomie immer in einem komplexen Wechselverhältnis, das sich im Konfliktverlauf durchaus verändern kann.⁵ So wie jeder Krieg seine Kriegsökonomie hat, beeinflussen verfügbare Ressourcen immer auch die Kalküle der Konfliktakteure. Theoretisch gibt es unterschiedliche Pfade bzw. Klassen der Ökonomisierung: (1.) Gewaltkonflikte, die von der „Gier“ einzelner Gewaltunternehmer angefacht werden (z. B. Charles Taylor in Liberia); (2.) eine Variante nicht-ideologischer „Stellvertreterkriege“, in denen externe Interessengruppen (Staaten, multinationale Konzerne) um ökonomische

und strategische Ressourcen konkurrieren (z. B. in Angola oder Nigeria); (3.) im Prozess des Konfliktes „umkippende“ Handlungslogiken (wie in Kolumbien). Beeinflusst wird dies sowohl von den Kalkülen und Strategien der Konfliktakteure als auch von den jeweiligen ökonomischen, politischen und kulturellen Rahmenbedingungen, die spezifische Handlungsoptionen gewaltbereiter Akteure ermöglichen. Beispielsweise schafft Ressourcenreichtum eine spezifische Motivation für die Anwendung von Gewalt und die Möglichkeit zur Fortführung von Kämpfen (Aust 2003).⁶ Darüber hinaus gibt es zum einen Feedbacks zwischen der Form materieller Bereicherung und der Logik der Gewaltanwendung. So folgt der Abbau wertvoller Bodenschätze (z. B. von Diamanten in Sierra Leone oder von Coltan in der Demokratischen Republik Kongo) anderen Handlungslogiken und Zwängen als die Ausplünderung der Zivilbevölkerung durch marodierende Banden, Rebellengruppen oder reguläre Soldaten. Zum anderen variieren die politischen wie gesellschaftlichen Konsequenzen je nach Art bzw. Quelle der Kriegsfinanzierung. Anstatt dann Ökonomisierung mit Entpolitisierung gleichzusetzen, stellt sich empirisch stets die Frage, welchen politischen, sozialen und ökonomischen Regeln Gewaltkonflikte folgen, welche Eigendynamiken sie entfalten und inwieweit dies eine Überprüfung von Interventions- und Präventionsstrategien nach sich ziehen muss.⁷

DER KRIEG WANDELT SICH

Der Krieg wandelt sich – und dies gleich in mehrfacher Hinsicht: Erstens ist Krieg als Institution des Konfliktaustrags nicht statisch, sondern dynamisch mit den Strukturen und dem Wandel interner und externer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen verkoppelt. Damit unterliegt er selbst als soziale und politische Praxis vielfältigen, historisch kontingenten Veränderungsprozessen. Zweitens kann sich ein einzelner Krieg verändern, indem neue interne oder externe Akteure hinzutreten und/oder sich die Motive der Konfliktparteien bzw. die Formen der Kriegsfinanzierung verschieben. Drittens schließlich verändern sich auch unsere sozialen wie wissenschaftlichen Deutungen vom Krieg, die die erfahrene Realität bzw. ihren Wandel erfassen und strukturieren. Auf einen einfachen Nenner gebracht: der Wandel des Krieges ist multidimensional und alles andere als ungewöhnlich. Für die Friedens- und Konfliktforschung bedeutet dies die ständige Überprüfung ihrer zentralen Parameter.

WIRD DIE AKTUELLE DEBATTE DEN VERÄNDERUNGEN GERECHT?

Die populäre Debatte über die „alten“ und „neuen“ Kriege wird den skizzierten Veränderungen nur bedingt gerecht. Das Etikett „neu“ ist besonders trügerisch, weil es suggeriert, dass eine klare zeitliche Bestimmung bzw. Eingrenzung des Kriegsgeschehens in „alte“ und „neue“ Kriege möglich sei. Zum anderen legt es die mögliche Fehldeutung nahe, „alte“ Kriege empirisch wie theoretisch als bedeutungslos



anzusehen. Angesichts der empirischen Trends im globalen Kriegsgeschehen (Sarkees et al. 2003; Schreiber 2003; Chojnacki 2004) ist es konflikttheoretisch wie friedenspolitisch jedoch verfrüht, „alte“ innerstaatliche Kriege zu vernachlässigen oder zwischenstaatliche Kriege gar als historisches „Auslaufmodell“ anzusehen (Münkler 2002; van Creveld 2001). Selbst im 19. Jahrhundert fallen die meisten der politischen Gewaltformen außerhalb des Einzugsbereiches des zwischenstaatlichen Krieges: die Daten des *Correlates of War*-Projekts für begonnene Kriege in den einzelnen Dekaden seit 1816 zeigen, dass innerstaatliche Kriege hier im direkten Vergleich – mit einer Ausnahme (1930-39) – immer überwiegen (Sarkees et al. 2003, 61). Der Staat ist zwar nicht mehr der „selbstverständliche Monopolist des Krieges“ (Münkler 2002, 7ff), faktisch wird jedoch die Mehrzahl der Kriege – dies sind vor allem Anti-Regime- und Sezessionskriege – weiterhin konventionell und staatszentriert geführt. Gegen die These vom „Auslaufmodell“ spricht auch das Problem, dass Gewaltkonflikte, Sicherheitsdilemmata und Rüstungsspiralen zwischen den Staaten nach wie vor Probleme regionaler und internationaler Politik sind (vor allem im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südasien). Viele der gegenwärtige Kriege sind zudem hochgradig internationalisiert, was teilweise (wie in West- und Zentralafrika) zu komplexen regionalen Konfliktsystemen führt (vgl. Debiel 2002). Die These vom übergreifenden Wandel des Krieges sind dann auch methodisch problematisch, weil die zugrunde gelegten Kriterien für die Erfassung „neuer Kriege“ in hohem Maße willkürlich, intersubjektiv nur schwer nachvollziehbar und konflikttheoretisch kaum begründet sind. Dies führt wiederum zu zwei-

felhaften Schlussfolgerungen, weil auf der Grundlage einer unscharfen Begriffsbildung bisher nur eine Zusammenschau anekdotischer Einzelfälle vorliegt. Das empirische Material mag dabei durchaus zur Illustration einzelner Thesen dienen, es produziert aber eben noch keine empirisch triftigen Evidenzen und bietet damit keine Grundlage für die Erfassung globaler Trends oder für die Identifikation zentraler Wirkungsmechanismen. Die Überstrapazierung und Überpointierung des „Neuen“ dürfte dabei sowohl auf die veränderte Wahrnehmungslogik des globalen Konfliktgeschehens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts als auch auf die Aufmerksamkeits- und Attraktivitätsfalle des wissenschaftlichen Marktes zurückzuführen sein. Mary Kaldor (1999) und Herfried Münkler (2002) kommt dabei freilich das Verdienst zu, eine wissenschaftliche Kontroverse über Begriffe, Typen und Erklärungsansätze des Krieges unter veränderten Vorzeichen und Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht zu haben – und eine breitere Öffentlichkeit für den Formenwandel kriegerischer Gewalt und die damit verbundenen friedens- und sicherheitspolitischen Konsequenzen sensibilisiert zu haben.

SUBSTAATLICHE KRIEGE

Anstatt den hier skizzierten quantitativen und qualitativen Wandel auf der Akteurebene als ein schlichtes Indiz „neuer“ Kriege zu interpretieren, stellt sich die Frage, wie die Kriege der Gegenwart jenseits der populären Grobunterscheidung erfasst werden können. Ein Ansatzpunkt, auf den die Kriegsursachenforschung immer wieder zurückgreift, ist der politische Status bzw. die Vergesellschaftungsform der

DIE AUSPLÜNDERUNG DER ZIVILBEVÖLKERUNG DURCH MARODIERENDE BANDEN, REBELLENGRUPPEN ODER REGULÄRE STREITKRÄFTE FOLGT ÖKONOMISCHEN KALKÜLEN UND HINTERLÄSST TRAUER UND ELENDE: DIE FOTOS UND NAMEN VERMISSER ELTERN SIND AN GROSSEN TAFELN IN DEM FLÜCHTLINGSCAMP JAH TONDO IN DER NÄHE VON MONROVIA ANGEBRACHT (FOTO VOM 14.11.2003).

picture alliance / dpa

Gewaltakteure. Dahinter steht die theoretische Annahme, dass Konfliktstrukturen und Kriegsformen mit dem Vergesellschaftungsmuster der Akteure zusammenhängen (Daase 1999). Wird dementsprechend zur Typologiebildung explizit am politischen Status der Akteure angesetzt, dann ergeben sich aus heutiger Sicht nicht zwei, sondern vier Kerntypen kriegerischer Gewalt:

- zwischenstaatliche Kriege (zwischen mindestens zwei souveränen Staaten);
- extrastaatliche Kriege (zwischen Staaten und nicht-staatlichen Akteuren jenseits bestehender Staatsgrenzen wie bei Dekolonisationskriegen);
- innerstaatliche Kriege (zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren innerhalb bestehender Grenzen) sowie
- substaatliche Kriege (zwischen nicht-staatlichen Gewaltakteuren innerhalb oder jenseits formaler Staatsgrenzen).

Der vierte Kriegstyp reflektiert die Debatte über den Formenwandel des Krieges und orientiert sich explizit am Kriterium der Vergesellschaftungsform der Akteure.⁸ Er postuliert aber eben keine völlig neue Kriegsform, sondern ergänzt aus Sicht der Konfliktforschung ein fehlendes Puzzleteil in der Kombination staatlicher und nicht-staatlicher Akteurskonstellationen.

Die ökonomische Handlungslogiken und der Wandel von Finanzierungspraktiken sind dann nicht allein Phänomene substaatlicher Kriege, sondern sind auch bei den anderen Kriegstypen zu beobachten. So wie jeder Krieg seine Kriegsökonomie hat, können sich die Formen der Finanzierung und die Umfeldbedingungen wandeln. Ökonomische Bereicherungsmotive tragen zwar zur Transformation von einzelnen Kriegen und gesellschaftlicher Beziehungen bei, sie führen aber nicht quasi automatisch zu einer Entpolitisierung von Konfliktbeziehungen und Ordnungsstrukturen. Der postulierte Trend der Ökonomisierung des Krieges sowie die damit in Verbindung gebrachten Veränderungen globaler Rahmenbedingungen (Globalisierung, Transnationalisierung) schaffen dann nicht nur Anreize für nicht-staatliche Akteure, sondern auch für Staaten bzw. herrschende Eliten – die Entwicklungen gehen sogar teilweise von diesen aus. Die Ökonomisierungsthese enthält dann auch theoretischen Zündstoff, weil Teile der Konflikt- und Kriegsursachenforschung in längst überwunden geglaubte monokausale Orthodoxien zurückzufallen drohen, indem sie politische wie normative Motive vernachlässigen oder gar ausblenden. Dabei ist die Systematisierung der vorhandenen Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet genauso defizitär wie die bisherigen Erklärungsstränge nicht zu einer Theorie der politischen Ökonomie des Krieges geführt haben. Daher ist auch die Frage völlig offen, wie sich Kriegswirtschaften und Konfliktodynamiken wechselseitig beeinflussen, welches die entscheidenden Kausalmechanismen sind, und inwieweit unterschiedliche Eskalationsprozesse und Pfadabhängigkeiten identifiziert werden können. Trotz dieser kritischen Bestandsaufnahme, bietet diese Perspektive einen durchaus fruchtbaren Ansatzpunkt zum besseren Verständnis von ökonomischen Handlungslogiken und Konfliktodynamiken jenseits scheinbar chaotischer Bürgerkriegssituationen (Elwert 1999, 88; Matthies 2003, 244). Für die zukünftige Forschung bedeutet dies dann vor allem, die Wechselbeziehung von Ökonomisierungstendenzen und De- wie Repolitisierungsprozessen (etwa in Kolumbien, Liberia, Angola oder Afghanistan) stärker unter die Lupe zu nehmen und theoretisch in den Griff zu bekommen. Notwendig sind dazu in Zukunft sowohl ein Blick auf die Mikroebene, die Aufschluss über die interne Logik von Handlungszusammenhängen und Entscheidungsprozessen gibt, als auch komparative Studien zum Wandel des Verhältnisses von Krieg, Politik und Ökonomie. In dem Maße, wie dann das Politische nicht verworfen werden kann, ist keineswegs sicher, dass die Tage des Clausewitzschen Kriegesverständnisses gezählt sind.

ANMERKUNGEN

1 Gegenüber klassischen Warlords haben sich die Gewaltunternehmer der Gegenwart dann ebenso modernisiert, wie sie sich von den sozio-ökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen emanzipiert haben (Münkler 2002, 172f.; Riekenberg 1999).

2 Der klassische „Glücksritter“ ist jedoch keine ausgestorbene Spezies, wie die Kriegsschauplätze auf dem Balkan, in Zentralasien und in Afrika belegen. Die Umfeldbedingungen und Organisationsstrukturen haben sich jedoch fundamental geändert.

3 Die im Sammelband von Musah und Fayemi (2000) zusammengestellten Fallstudien zu Angola, Sierra Leone und zur Demokratischen Republik Kongo „indicate a clear and consistent correlation between the activities of the mercenaries outfits and the rising fortunes of mineral prospecting and distribution corporations in these war-torn countries“ (Musah/Fayemi 2000, 24).

4 Riekenberg grenzt Warlordfigurationen bewusst von herkömmlichen Bürgerkriegen (Guerrilla- und Anti-Regime-Kriege) ab, die dadurch gekennzeichnet sind, dass wenigstens zwei Gruppen unvereinbare Machtansprüche haben (1999, 194f.). Warlordgebilde dagegen treten idealtypisch an die Stelle von Staatlichkeit oder neben den Staat (Riekenberg 1999, 195).

5 Dass die Beziehung von Politik und Ökonomie alles andere als natürlich ist, zeigt Cater (2003) an den Fallbeispielen Angola, Sierra Leone und Zaire/Demokratische Republik Kongo.

6 Empirisch-vergleichende Studien belegen, dass von den natürlichen Ressourcen insbesondere die Verfügbarkeit über Diamanten und Drogen (Opium) für private Gewaltunternehmer attraktiv ist und mit der Entstehung wie auch Verstärkung von Gewaltkonflikten verbunden werden kann (Ross 2003).

7 Nach wie vor mangelt es dabei an Hypothesen und Analysen zur Wechselbeziehung zwischen ökonomischen, politischen und kulturellen Faktoren einerseits, zum Zusammenhang von Kriegsökonomien und Konfliktodynamiken andererseits.

8 Die Vergesellschaftungsmuster und Akteurskonstellationen lassen sich hier nicht mehr auf den Staat und mehr oder weniger gut organisierte Rebellengruppen reduzieren. Im Mittelpunkt steht vielmehr ein disparates Spektrum unterschiedlicher quasi-staatlicher, substaatlicher und transnationaler Gewaltakteure.

LITERATUR

- Aust, B.: ‚Feindliche Übernahmen‘. Ökonomische Interessen und militärisches Unternehmertum im Kongo. In: Azzellini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin u.a. 2003, S. 143–160.
- Ballentine, K./Sherman, J.: The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance. Boulder and London 2003
- Berdal, M./Malone, D. (Hrsg.): Greed and Grievances. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder, CO 2000
- Böge, V.: Neue Kriege und traditionale Konfliktbearbeitung. INEF Report, Heft 74/2004, Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen
- Cater, C.: The Political Economy of Conflict and UN Intervention: Rethinking the Critical Cases of Africa. In: Ballentine, K./Sherman, J.: The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance. Boulder and London 2003, S. 19–45.
- Chojnacki, S.: Anything New or More of the Same? Types of War in the Contemporary International System, Prepared for the 5th Pan-European International Relations Conference ‚Constructing World Orders‘. The Hague, September 9–11/2004
- Clapham, C.: Africa and the International System. The Politics of State Survival. Cambridge (UK) 1996
- Coalition to Stop the Use of Child Soldiers: Child Soldiers Global Report 2004. London 2004
- Collier, P.: Doing Well out of War. In: Berdal, M./Malone, D. (Hrsg.): Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil War. Boulder, CO 2000, S. 91–111.
- Collier, P./Hoeffler, A.: Greed and Grievance in Civil War. World Bank 2001
- Collier, P./Sambanis, N.: Understanding Civil War: A New Agenda. In: Journal of Conflict Resolution, 1/2002, S. 839–853.
- Cramer, C.: Homo Economicus Goes to War: Methodological Individualism, Rational Choice and the Political Economy of War. In: World Development, 11/2002, S. 1845–1864.

UNSER AUTOR

Dr. Sven Chojnacki ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin. Sein Lehr- und Forschungsinteresse gilt den internationalen Beziehungen, insbesondere der Konflikt- und Kriegsursachenforschung sowie regionaler und globaler Sicherheitspolitik. Ein aktueller Schwerpunkt liegt auf dem von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderten Projekt „Neue Formen der Gewalt im internationalen System“.

Daase, C.: Kleine Kriege – Große Wirkung. Baden-Baden 1999

Debiel, T.: Haben Krisenregionen eine Chance auf tragfähigen Frieden? In: ders. (Hrsg.): Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung. Bonn 2002, S. 20–63.

Duffield, M.: Global Governance and New Wars. The Merging of Development and Security. London 2001

Ehrke, M.: Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte. Ein Literaturbericht. Arbeitspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung Abt. Frieden und Sicherheit. März 2002. Bonn/Berlin. Internet: <http://www.fes.de/indexaktuelles.html> (April 2002)

Elwert, G.: Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Trotha, T. von (Hrsg.): Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37, Opladen 1997, S. 6–101.

Elwert, G.: Markets of Violence. In: Sociologist: A Journal for Empirical Ethno-Sociology and Ethno-Psychology Supplement 1. Berlin 1999, S. 85–102.

Eppler, E.: Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Frankfurt am Main 2002

Gantzel, K. J.: Neue Kriege? Neue Kämpfer? Arbeitspapier Nr. 2/2002, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg

Herbst, J.: Economic Incentives, Natural Resources and Conflict in Africa. In: Journal of African Economics, 3/2000, S. 270–294.

Hoffmann, K.: Kindersoldaten: Opfer und Täter in „neuen Kriegen“. Diplomarbeit. FU Berlin 2004

Holsti, K. J.: The State, War, and the State of War. Cambridge 1996

Jean, F./Rufin, J.-C. (Hrsg.): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg 1999

Kaldor, M.: New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era. Cambridge 1999

Keen, D.: The Economic Function of Violence in Civil Wars. In: Adelphi Paper 320/1998

Keen, D.: Incentives and Disincentives for Violence. In: Berdal, M./Malone, D. M. (Hrsg.): Greed and Grievances. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder (Col.) 2000, S. 19–41.

Lock, P.: Ökonomien des Krieges. Ein lange vernachlässigtes Forschungsfeld von großer Bedeutung für die politische Praxis. Vortragsskript für den Konstituierungsworkshop der DVPW-Arbeitsgruppe „Ordnungen der Gewalt“. 2001

Matthies, V.: Eine Welt voller neuer Kriege? Wider das Gerücht „von Krieg und Kriegesgeschrei.“ In: Fues, T./Hippler, J. (Hrsg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Bonn 2003, S. 236–255.

Münkler, H.: Die neuen Kriege. Berlin 2002

Musah, A.-F./Fayemi J. K. (Hrsg.): Mercenaries. An African Security Dilemma. London 2000

Reno, W.: Warlord Politics and African States. Boulder, CO. 1998

Reno, W.: Shadow States and the Political Economy of Civil War. In: Berdal, M./Malone, D. M. (Hrsg.): Greed and Grievances. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder (Col./London 2000, S. 43–68.

Riekenberg, M.: Warlords. Eine Problemskizze. In: Comparativ, 5/6 –1999, S. 187–205.

Ross, M. L.: Oil, Drugs, and Diamonds: The Varying Roles of Natural Resources in Civil War. In: Ballentine, K./Sherman, J.: The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance. Boulder and London 2003, S. 47–70.

Rufin, J.-C.: Kriegswirtschaft in internen Konflikten. In: Jean, F./Rufin, J.-C. (Hrsg.): Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg 1999, S. 15–46.

Sarkees, M. R./Waman, F. W./Singer, J. D.: Inter-State, Intra-State, and Extra-State Wars: A Comprehensive Look at Their Distribution over Time, 1816–1997. In: International Studies Quarterly 47/2003, S. 49–70.

Schlichte, K.: Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 1/2002, S. 112–138.

Schreiber, W.: Das Kriegsgeschehen 2002. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Opladen 2003

Senghaas, D.: Die Konstitution der Welt – eine Analyse aus friedenspolitischer Sicht. In: Leviathan, 1/2003, S. 117–152.

Shearer, D.: Private Armies and Military Intervention. Adelphi Paper 316, New York 1998

Singer, P. W.: Corporate Warriors: The Rise of the Privatized Military Industry. Ithaca 2003

von Trotha, T.: Formen des Krieges. Zur Typologie kriegerischer Aktionsmacht. In: Neckel, S./Schwab-Trapp, M. (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen 1999, S. 71–95.

Zartmann, W.I.: Posing the Problem of State Collapse. In: ders. (Hrsg.): Collapsed States. London 1995, S. 1–11.

Kindersoldaten

PAUL RUSSMANN

Kindersoldaten wurden schon im Dreißigjährigen Krieg, im Mittelalter und im Zweiten Weltkrieg eingesetzt. Doch erst seit Anfang der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts werden ihre Probleme von Hilfsorganisationen, Medien und in der Forschung stärker beachtet. Kindersoldaten gehören zu den Akteuren der so genannten neuen Kriege. Der Einsatz von Kindersoldaten als Kriegsakteure folgt der Logik privatisierter, entstaatlichter Kriege: Kinder(soldaten) sind kostengünstig, leicht rekrutierbar, „effizient“ einsetzbar und ohne größere Probleme kontrollierbar. Paul Russmann schildert in seinem Beitrag die Lebensbedingungen und den Kriegsalltag der oftmals zwangsrekrutierten Kinder und Jugendlichen. Gerade die körperlichen und seelischen Auswirkungen erschweren die Rehabilitation dieser Kinder in befriedeten Gesellschaften. Aufgezeigt wird auch, wie schwierig es auf internationaler Ebene ist, den Einsatz von Kindersoldaten zu ächten. Red.

Philippe war sieben. Oder acht. Jedenfalls holten sie ihn, als der Journalist Jens Voigt im Zentralgefängnis von Kigali nach dem jüngsten Kriegsverbrecher fragte. Man schob ihn vor eine Kamera, die Gefängniswärter riefen: „Cheese“. Aber Philippe lächelte nicht.

„Warum bist du hier, fragte der Dolmetscher. Ich habe Menschen getötet.

Wie viele?

Ich weiß nicht, sechs oder acht.

Womit hast du sie umgebracht?

Mit dem Buschmesser oder mit Knüppeln, meist mit dem Messer. Ich war der Anführer.

Wen hast du getötet?

Solche, die kleiner waren als ich. Die Großen wurden von den Erwachsenen getötet. Zweimal durfte ich mithelfen.

Mithelfen?

Beim Zerhacken, mit dem Buschmesser.

Warum hast du getötet?

Die Großen haben es mir gesagt.“

(Voigt 2000)

JUGENDLICHE MILIZIONÄRE FAHREN MIT EINEM PICKUP AN DIE FRONT IM NORDOSTEN LIBERIAS (27.8.2003). DER SONDERBEAUFTRAGTE DER UN FÜR DEN ARBEITSBEREICH „KINDER IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN“ SCHÄTZT, DASS ZWISCHEN 1990 UND 2000 ZWEI MILLIONEN KINDERSOLDATEN GEFALLEN SIND. SECHS MILLIONEN KINDERSOLDATEN SEIEN ZU INVALIDEN GEWORDEN, ZEHN MILLIONEN HÄTTE SCHWERE SEELISCHE SCHÄDEN ERLITTEN.

picture alliance / dpa

WAS SIND KINDERSOLDATEN?

Als Kindersoldaten werden alle Jungen und Mädchen bezeichnet, die (1.) jünger als 18 Jahre alt sind und die (2.) innerhalb von Armeen oder bewaffneten Gruppierungen sowohl militärisch als auch zivil eingesetzt werden. Das internationale Kinderhilfswerk UNICEF schätzt, dass weltweit 300.000 Kinder als Soldaten missbraucht werden. Mädchen wie Jungen sind in den Streitkräften und bewaffneten Oppositionsgruppen von mehr als 36 Ländern als Soldaten im Kampfeinsatz. In Birma soll ein Viertel der 350.000 Mann starken Regierungstruppen unter 18 Jahre alt sein. Es gibt die „Kleinen Bienen“ in Kolumbien und die „Babybrigaden“ auf Sri Lanka, Charles Taylors gefürchtete „Small Boys“ in Liberia. Allein auf dem afrikanischen Kontinent kämpfen über 120.000 Kinder, vor allem in Angola, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, in Elfenbeinküste, Liberia, Ruanda, Sierra Leone, Sudan und Uganda. In der Demokratischen Republik Kongo werden bis zu 30.000 Kinder für den Kriegseinsatz missbraucht. Einige Milizen im Osten des Landes bestehen bis zu 60 Prozent aus Kindern (vgl.: www.unicef.de).

Darüber hinaus gibt es Kindersoldaten in Afghanistan, Indonesien, Birma, Nepal, auf den Philippinen, sowie in Israel und in den Palästinensergebieten. Noch immer sind etwa 6.000 Soldaten der britischen Streitkräfte minderjährig. Und auch im Irak starben, wie schon im Ersten Golfkrieg und im Falklandkrieg, 17-jährige englische Jungen an der Front. Weltweit erhalten Millionen Kinder militärisches Training und werden in Jugendbewegungen und

Schulen indoktriniert (vgl. Global Report on Child Soldiers 2001).

Wie viele Kindersoldaten es wirklich gibt, die von Rebellenverbänden, Milizen oder Privatarmeen ins Feuer geschickt werden, lässt sich kaum feststellen. Einerseits registrieren viele Kriegsherren (Warlords) 14- oder 15-jährige Rekruten nicht gesondert, da sie diese als „Selbstverständlichkeit“ betrachten. Andererseits leugnen Regierungen und Rebellenbewegungen, dass sie überhaupt Kindersoldaten rekrutieren. Viele der heute erwachsenen Soldaten wurden schon als Kinder eingezogen. Olara Otunnu, Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für den Arbeits- und Aufgabenbereich „Kinder in bewaffneten Konflikten“ schätzt, dass zwischen 1990 und 2000 zwei Millionen Kindersoldaten gefallen sind. Sechs Millionen Kindersoldaten seien zu Invaliden geworden, über zehn Millionen Kinder hätten schwere seelische Schäden erlitten.

WANN WERDEN KINDERSOLDATEN EINGESETZT?

Je länger sich ein bewaffneter Konflikt hinzieht, umso wahrscheinlicher ist es, dass Kinder an ihm aktiv teilnehmen. Für die meisten Kriege gilt die Faustregel: Je länger ein Krieg dauert, desto mehr Kinder werden rekrutiert. Je mehr Kinder rekrutiert werden, umso jünger werden die Kinder. Nicht selten kommt es zu einem „Wettlauf“ der Kriegsparteien bei der Rekrutierung von Kindern: Die Kinder werden nicht nur eingezogen, weil eine Kriegspartei die Kinder für den Kampf braucht, sondern auch, um dem Gegner zuvorzukommen (vgl. www.kindersoldaten.de).



Inhaltsverzeichnis

Die neuen Kriege

Herfried Münkler Die neuen Kriege	179
Volker Matthies Eine Welt voller neuer Kriege?	185
Peter Lock Ökonomie der neuen Kriege	191
Sven Chojnacki Gewaltakteure und Gewaltmärkte: Wandel der Kriegsformen?	197
Paul Rusmann Kindersoldaten	205
Catherine Götze Humanitäre Hilfe – Das Dilemma der Hilfsorganisationen	210
Peter I. Trummer Genozid: Lehren aus dem 20. Jahrhundert und Herausforderungen für das 21. Jahrhundert	217
Christian Büttner / Magdalena Kladzinski Krieg und Medien – Zwischen Information, Inszenierung und Zensur	223

Aus unserer Arbeit	229
Buchbesprechungen	230

Einzelbestellungen und Abonnements bei der
Landeszentrale (bitte schriftlich)

Impressum: Seite 229

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel
mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte
Kunden-Nr. an.